

# „Rückwärtsgang kann tödlich sein“

Wie es in Polen zur Katastrophe kam



Besetzte Danziger Lenin-Werft vor dem Sturm\*: „Vor dem Verlieren . . .“

Das Tor zur Danziger Leninwerft ist von Panzerketten zermalmt, das Direktionsgebäude, in dem vor 16 Monaten die Erneuerung Polens begann, von Miliz und Militär gestürmt – Symbol einer zerstörten Hoffnung.

Nur einen Steinwurf vom Werfttor entfernt steht unversehrt das polnische Golgatha: drei 42 Meter hohe Kreuze, mit den Spenden von Arbeitern aus ganz Polen im vorigen Dezember zum Gedenken an die Gefallenen im Arbeiteraufstand 1970 errichtet, von der Gewerkschaft „Solidarität“ im Beisein von Partei- und Kirchenfürsten eingeweiht, Symbol der Hoffnung auf die Bewältigung der Vergangenheit, auf Umkehr und Neubeginn.

Aber die Vergangenheit erwies sich als stärker.

Was auf der Danziger Leninwerft im August 1980 als riskante Kraftprobe zwischen Staatsmacht und Volk begann, was als Versuch einer unblutigen Revolution des Proletariats nun schon Geschichte ist, war nicht von langer Hand geplant und hatte keine vorausbedachten Ziele. Gerade das macht die nun gewaltsam beendete Revolution so einzigartig.

Gegen mangelhafte Versorgung und bürokratischen Schlendrian wurde im Sommer 1980 schon in anderen Städten und Betrieben gestreikt, bevor auch die Danziger Ducker die Arbeit niederlegten. Aber die Werftarbeiter hatten den meisten polnischen Arbeitern die blutige Erfahrung voraus, wie ihr Protest zehn Jahre zuvor von Miliz und Militär auf den Straßen von Danzig zusammengeschnitten wurde.

Diesmal – so ihre Losung – stecken sie nicht das Haus der Danziger Parteileitung an, sondern gründeten ein überbetriebliches Streikkomitee hinter verrammelten Werfttoren. Ihrem Streik schlossen sich in wenigen Tagen 130 000 Arbeiter aus dem ganzen Küstenrevier an, organisiert und koordiniert in der proletarischen Sicherheit des besetzten Betriebsgeländes.

Daß die Staatsmacht, Regierung und Partei, schneller und weitgehender nachgab als erwartet und am 31. August mit den Streikenden sogar den inzwischen historischen Gesellschaftsvertrag schloß, war zu einem guten Teil der strategisch günstigen Lage der Ducker zuzuschreiben. Zudem hatte Verteidigungsminister Jaruzelski, damals wie heute Chef der Armee, für unmöglich erklärt, den Streik ohne militärische Gewalt zu brechen, ohne daß es erneut zu einem Blutbad in Danzig käme.

Aber Partei und Regierung wußten auch nur zu genau, das der Protest der Arbeiter berechtigt war und daß die jahrelange Unfähigkeit der Partei Polen zugrunde gewirtschaftet hatte. Um nicht den letzten Konsens mit dem aufgebrauchten Volk zu verlieren, blieb als Ausweg nur ein taktischer Kompromiß.

Wie schlecht es mit Polen stand, hatte Mieczyslaw Rakowski, Chef der Wochenzeitschrift „Polityka“, damals schon ZK-Mitglied und später Vizepremier, schon im Jahr 1979 beschrieben:

\* Am 14. Dezember, zwei Tage vor der Erstürmung durch Militär. Spruchband: „Kein gerechtes Europa ohne ein unabhängiges Polen.“

Unsere Wirtschaft ist unkoordiniert, die Mechanismen der Verwaltung sind mangelhaft, stehen gelegentlich im Widerspruch zu den elementaren Prinzipien gesunden Menschenverstandes, die Statistik ist Objekt der Manipulation. Die Arbeitsdisziplin wird nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Mit dem Zugeständnis einer gewissen Partnerschaft – so das Kalkül der Partei – und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sollten die Streikenden beruhigt und möglichst zu mehr Leistung veranlaßt werden. Was sonst noch an Ideen in ihren Köpfen spukte, würde die Zeit erledigen oder ließe sich auf gewohnte Art Punkt für Punkt liquidieren.

Denn in der Polit-Kunst, die von der Partei unter dem Druck von Massensstreiks gemachten Zugeständnisse wieder zurückzunehmen und Versprechun-



„Solidarność“-Chef Walesa  
... habe ich keine Angst ...

gen nicht einzuhalten, hat die polnische KP beste Erfahrungen. 1956 war Parteichef Gomulka, 1970 Parteichef Gierek so verfahren.

Doch die polnischen Arbeiter haben das nicht vergessen. Ein Auswechseln der Führung, eine neue, die wieder leere Versprechungen macht, würde die Lage nicht ändern. Mißtrauen war die einzige Chance zur Selbstbehauptung.

Daß die 21 Punkte des Danziger Vertrages über die unmittelbaren Interessen der Streikenden hinaus gingen, war schon damals unter den Arbeitern heftig umstritten, ging auf den Einfluß betriebsfremder „Berater“ zurück, die den Streikkomitees klarmachten, daß der Sieg nur allzu trügerisch sei, wenn das real-sozialistische System nicht auch seine Methoden gründlich ändere.

Vor allem die Dissidenten Jacek Kuron und Karol Modzelewski, wegen einer systemkritischen Analyse der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PVAP) 1964 aus der Partei ausgestoßen und mit Gefängnis bestraft, sahen im Danziger Streik die von ihnen vorausge-

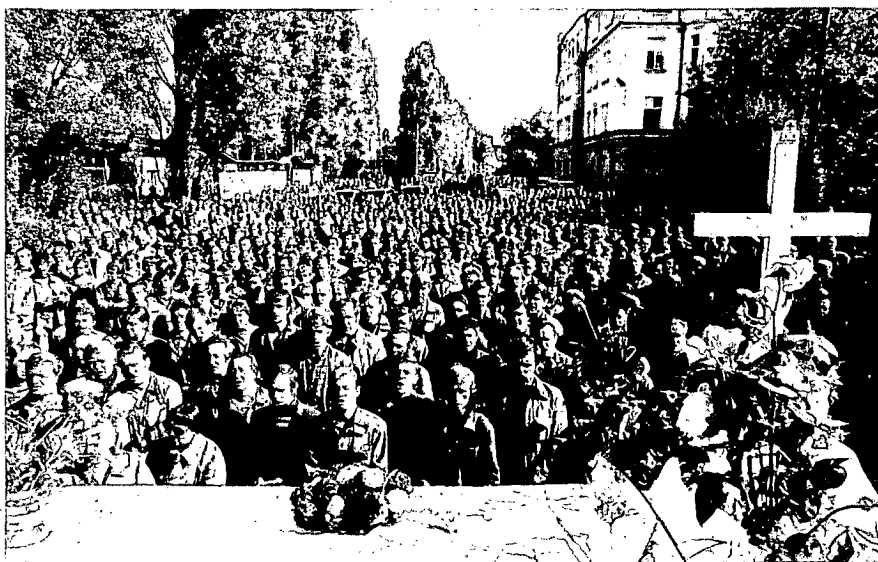
sehene Chance, durch eine proletarische Revolution von unten gegen den „Monopolsozialismus“ von oben Polens gesellschaftliche Bedingungen gründlich zu verändern.

Die beiden Systemkritiker, die inzwischen zu den Aktivisten des 1976 von polnischen Intellektuellen gegründeten „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) gehörten, hatten in ihrer Schrift Polens gesamtgesellschaftliche Interessen so beschrieben:

Wenn die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft nicht mehr im Rahmen des Systems realisiert werden können und wenn sie sich schließlich gegen das System selbst richten, dann werden jede authentische gesellschaftliche Tätigkeit und jede authentische geistige Regung zu einer Kriegserklärung an die Monopolbürokratie.

Lech Walesa, gläubiger Katholik und KOR-Mitarbeiter, vom Vertrauen der Streikenden zum Wortführer, später zum Helden der ganzen Nation gemacht, verstand es, die widersprechenden Interessen und Ambitionen seiner Berater pragmatisch zu nutzen. Juristen und Staatsrechtler entwarfen das Danziger Streikdokument so gekonnt, daß auch die hochdotierten Regierungsbeamten es formal nicht beanstanden konnten.

Gleichwohl: Nach dem Danziger Abkommen war Walesa die „demokratische pluralistische Gesellschaft“, von der Kuroń träumte, oder „Polens stolze Bewährung“, von der Papst Johannes Paul II. in Rom sprach, ziemlich egal. Auch die feierlichen Beteuerungen des neuen Parteichefs Kania zu „Erneuerung“ Polens ließen ihn kalt – er wollte, wie im Danziger Papier versprochen, nur eine unabhängige Gewerkschaft gründen. Auf der Leninwerft hatte er auf die Frage eines TV-Reporters, ob er nie Angst habe, den Kampf gegen die Partei zu verlieren, noch geantwortet: „Nein, vor dem Verlieren nicht, aber Angst habe ich für den Fall, daß wir gewinnen.“



... sondern davor, daß wir gewinnen“: Bittgottesdienst auf der Lenin-Werft\*

Besser als seine jubelnden Mitstreiter kannte er seine Grenzen und ahnte wohl auch schon, daß es nicht mehr in seiner Hand lag, die Grenzen einzuhalten. Er, der die Unterzeichnung des Abkommens und damit das Streik-Ende wie ein Volkstribun verkündet hatte: „Wir Arbeiter müssen uns als Hausherrn dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir uns fühlen und so werden wir arbeiten“, hatte tags darauf die historische Perspektive schnell verloren.

In seinem neuen Danziger Büro fauchte er einen westdeutschen Fernsehjournalisten an:

Was geht mich denn die Geschichte an? Mich interessieren unsere 21 Forderungen, und die erste und wichtigste realisieren wir jetzt, unsere Gewerkschaft. Ich kämpfe nicht für die Historie, ich kämpfe für die Leute.

Walesa und seine später mit ihm verfeindete Danziger Kollegin, die Kranführerin Anna Walentynowicz, aus Willkür von der Werftleitung entlassen und unter Streikdruck wieder eingestellt wie er, wollten sich einer zentralen Gewerkschaftsleitung widersetzen, weil sie fürchteten, daß ein solches Präsidium schnell den Kontakt mit der Basis verliere.

Beide wurden beim Gründungstreffen im Danziger Hotel „Morski“ von den 300 Delegierten überstimmt, Walesa gegen seinen Willen zum Vorsitzenden des neuen Dachverbandes gewählt. Im Gründungstaumel der folgenden Wochen stieg die Mitgliederzahl der damals noch nicht zugelassenen „Unabhängigen Gewerkschaft“, die auf Modzelewskis Vorschlag den Namen „Solidarność“ bekam, auf mehrere Millionen.

Nicht nur das: Die Gewerkschaft „Solidarność“ mit Polens neuem Volkshelden Walesa als Galionsfigur wurde zur polnischen Alternative schlechthin: Das ganze Volk, Künstler, Ärzte, Journalisten, Krankenschwestern, aber auch Handwerker und vor allem die polnischen

Privatbauern, sahen in der neuen Massenbewegung die Garantien für wieder-gewonnene Menschenwürde, Bürgerrecht und gesellschaftliche Freiheit.

Lenins Revolutionsschlüssel von der normativen Kraft des Faktischen zwang die „Solidarność“ in die Rolle, nicht nur die Interessenvertretung der Arbeiter, sondern Anwalt des ganzen Volkes gegen die Willkür von Staat und Partei zu sein.

Walesa, um den veränderten Zielvorstellungen einen Namen zu geben, erklärte die „Solidarność“ zu einer „gesellschaftlichen Bewegung, die auf dem Weg zu einer Gewerkschaft“ sei.

Aber er nahm die ihm zugedachte Rolle an. Bei einer Reise durch den polnischen Süden – auf den Spuren der Besuchsreise von Papst Wojtyła – ließ er sich von den jubelnden Massen auf dem Krakauer Rathausplatz als neuer Tadeusz Kościuszko feiern, der 187 Jahre zuvor von der gleichen Stelle aus den Aufstand gegen die russischen Besatzer angeführt hatte. Nun sind es alle Polen, denen er eine bessere Zukunft versprach.

Partei und Regierung reagierten ratlos auf das Phänomen. Der Versuch, die gerichtliche Zulassung der Gewerkschaft, ganz in der gewohnten Strategie, durch juristische Tricks doch noch zu verhindern, mißlang und verschaffte der „Solidarność“ zusätzliche Popularität.

Schon zu dieser Zeit, im Spätherbst des vergangenen Jahres, zeigte sich, daß sowohl die Partei wie die „Solidarność“ in einem unauflösbaren Dilemma steckten:

▷ Die Gewerkschaft hatte im Danziger Abkommen die Führungsrolle der Partei im Staat als unumstößlich anerkannt und zudem unterschrieben, sich „jeder politischen Betätigung“ zu enthalten. Aber als größte Massenorganisation im Land konnte und durfte sie bei der Lösung praktischer Probleme, bei denen die Partei versagt hatte, nicht ausweichen.

▷ Der korrumpierten Partei, die durch den Siegeszug der „Solidarność“ immer mehr zerbröckelte, die durch Austritte, vor allem von Arbeitern, und durch Ausschlüsse von korrupten Genossen fast eine Million Mitglieder (ein Drittel) verlor, nützte die Fiktion ihrer Führungsrolle nichts mehr. Das Volk glaubte nicht mehr an die Reformierbarkeit der PVAP.

Eine demokratische Lösung, die Macht an die populäre Opposition abzugeben, die im Gegensatz zum Anspruch der Partei längst „die Interessen der Werktätigen“ vertrat, ließ die Doktrin nicht zu; noch weniger aber ließen es die kommunistischen Nachbarn zu, die in immer schriller werdenden Drohungen in der Gewerkschaft „Antisozialisten“ und „Konterrevolutionäre“ ausmachten.

In dieser Phase, im vorigen Winter, gab es zumindest Zeichen von Regierung

\* Während des Streiks im August 1980.

und Partei, die „Solidarität“ stillschweigend als Partner an der Macht zu akzeptieren – war das System doch zum Wandel in der Substanz fähig?

Auf Drängen der Gewerkschaft führte die Regierung zur gerechteren Versorgung Lebensmittelkarten ein und schloß die Sonderläden, aus denen sich Wohlhabende und Funktionäre versorgt hatten. Sie bewilligte trotz der krisenhaften Wirtschaftslage die im Danziger Abkommen zugesicherten freien Samstage – freilich erst nach Streikdrohungen.

Die PVAP schien entschlossen, mit der postulierten „Erneuerung der Partei“ ernst zu machen und nahm sich bei der Demokratisierung sogar die „Solidarität“ zum Vorbild. Die Parteispitze mußte ihre Privilegien abgeben, die Basis der Partei bekam mehr Einfluß und Entscheidungsgewalt.

Orthodoxe Genossen, die sich der Neuerung widersetzten oder die „Solidarität“ provozierten, wurden gefeuert, korrupte Genossen vor Gericht gestellt. Parteireformer Rakowski: „Das Einlegen des Rückwärtsganges kann sich als tödlich erweisen.“

Strittige Fragen zwischen Regierung und „Solidarität“ wurden in gemeinsamen Kommissionen entschieden, in denen meist die Gewerkschaft ihren Willen durchsetzte. Die Staatsmacht mußte dabei zwangsläufig weiter an Autorität verlieren, aber die Gewerkschaft unternahm zunächst nichts, um das Vakuum zu füllen.

Denn zur Lösung von Polens schwerstem Problem, der Überwindung der immer bedrohlicher werdenden Wirtschaftskrise, ließ sich die Gewerkschaft nicht einbinden. Ihre hartnäckige Beteuerung, es sei nicht Sache der „Solidarität“, sondern der Regierung, Vorschläge zur Gesundung der Wirtschaft zu machen, war im Prinzip sicher richtig, ebenso richtig aber war auch: Sie hatte kein Konzept – es gab wohl keins.

Aber es wäre zumindest in der wichtigsten Sparte, der von Zulieferungen unabhängigen Kohlenproduktion, möglich gewesen, durch Mehrarbeit zu beweisen, wozu „Solidarität“ fähig ist.

Versuche dazu hat es zumindest gegeben. Als die in der „Solidarität“ organisierten Kumpel freiwillig auf ihre freien Samstage verzichteten und in die Grube einfahren wollten, zerstritten sich Regierung und Gewerkschaft an einem Detail:

Die Gewerkschaft sah in der Mehrarbeit ein Opfer fürs Vaterland, die Regierung bestand darauf, die Mehrarbeit durch doppelte Löhne zu bezahlen. Walesa nach den gescheiterten Verhandlungen: „Manchmal denke ich, daß wir verschiedene Sprachen sprechen.“

Als General Jaruzelski, der Mann, der im August 1980 nicht auf Arbeiter schießen wollte, im Februar 1981 das Amt des Regierungschefs übernahm, war die Gewerkschaft zuversichtlich: „Er ist Soldat und gewohnt, Entscheidungen zu treffen.“

Doch eine der ersten Entscheidungen, die der General zu treffen hatte, führte Polen schon damals an den Rand eines Bürgerkrieges. In Bydgoszcz (Bromberg) hätte die Miliz Ende März eine Gruppe von Gewerkschaftern, die mit dem Rat der Wojewodschaft über die seit langem geforderte Zulassung einer Bauerngewerkschaft diskutieren wollte, brutal zusammengeschlagen.

Drei Gewerkschafter wurden schwer verletzt. Den Überfall – soviel ist heute bekannt – hatte als gezielte Provokation das orthodoxe Politbüromitglied Stefan Olszowski angezettelt.

Die „Solidarität“ reagierte wie erwartet: Sie setzte einen landesweiten Warnstreik an und drohte ultimativ, den Generalstreik auszurufen, wenn die Vorgänge nicht aufgeklärt und die Schuldigen nicht bestraft würden.



„Solidaritäts“-Kongreß in Danzig (1981): „Verschiedene Sprachen“

Walesa für die Gewerkschaft und Rakowski für die Regierung fanden in der letzten Nacht vor Ablauf des Ultimatums einen Kompromiß, der für Sieger keinen Platz mehr ließ – das vor allem wurde Walesa bei einem heftigen Streit in der Landeskommision vorgeworfen.

Zum ersten Mal erfuhr auch die polnische Öffentlichkeit, daß bei der „Solidarität“ Gewerkschaftsführer mit sehr unterschiedlichen Zielvorstellungen zusammensaßen. Jan Rulewski, einer der in Bromberg zusammengeschlagenen Gewerkschafter und seither in der Massenorganisation einer der Radikalsten, warf der Walesa-Gruppe vor: „Ihr habt alle Karten verspielt.“

Nur mit Mühe gelang es dem „Solidaritäts“-Chef, seine Entscheidung in der Führungsspitze durchzusetzen. Doch die Gewerkschaft, die bisher mit einer Zunge gesprochen hatte, war in einer wichtigen Frage gespalten und Walesa für viele

Mitglieder nun nicht mehr der richtige Mann.

Der Held von der Leninwerft hatte vor den Verhandlungen noch erklärt:

Wir streiken, damit denjenigen an der Macht klar wird, daß „Solidarność“ ein unveräußerlicher Bestandteil des polnischen Lebens ist, und daß jeder Versuch, sie zu liquidieren, das Machwerk von Verrätern und Verrückten wäre.

Nach den mühsam durchgesetzten Kompromissen verlangte er nach einer neuen Strategie, die ihn bei den Radikalen in der Gewerkschaft in Verdacht brachte, zu nachgiebig mit der Regierung umzugehen:

Eines ist sicher: in diesem Land ist weder die Solidarität noch die Regierung gewohnt, zu verhandeln. Daher neigen wir – sie wie wir – dazu, schon beim geringsten Anlaß zu extremen Waffen zu greifen. Dialog, Gespräch, Meinungs austausch, Kompromiß – all das sind die Polen seit 35

Jahren nicht mehr gewohnt. Wir – sie wie wir – müssen begreifen lernen, daß man gegen die andere Partei, nur weil sie schlechter Laune ist, nicht gleich eine Atombombe schleudern darf. Wir müssen lernen, miteinander zu reden.

Sie redeten miteinander, mitunter sogar permanent an verschiedenen Orten, um neu aufflammende Konflikte rechtzeitig zu löschen. Sie schlossen sogar ein Abkommen über eine 30tägige Streikpause ab, und die Regierung ließ auch noch eine Gewerkschaft für Privatbauern zu. Aber die Versorgungslage wurde immer schlechter.

General Jaruzelski kündete zwar gleich zweimal eine Wirtschaftsreform an, aber schon die Ansätze dazu erstickten an der Inkompetenz oder dem mangelnden Mut der Fabrikdirektoren und Manager alter Art. Von der Gewerkschaft und der Regierung kontrolliert, wollte keiner einen Fehler machen.



**Streikende polnische Bauern\*:** „Alle Karten verspielt“

Aber auch die „Solidarität“ tat sich schwer, einen vernünftigen Vorschlag zu machen. Daß etwa die Wirtschaftsreform ohne die Freisetzung überflüssiger Arbeitskräfte nicht möglich war, die seit Jahrzehnten die Gehaltskonten der Betriebe belasten, war auch den „Solidaritäts“-Experten klar. Aber wie sollte ausgerechnet eine Gewerkschaft ihren Mitgliedern gegenüber den Verlust von Arbeitsplätzen vertreten?

Da die Regierung nichts zuwege brachte, legt schließlich im Sommer dieses Jahres auch die Gewerkschaft eigene Pläne für eine Wirtschaftsreform vor. „Solidarität“ forderte eine Orientierung am jugoslawischen Modell: Arbeiter-selbstverwaltung in allen Betrieben. Doch kaum waren die Pläne veröffentlicht, warf Parteichef Kania der Gewerkschaft vor, sie versuche der Partei die Kontrolle über die Wirtschaft zu entreißen. So wollte die auf dem Gewerkschaftskongreß im September versammelte Basis die Regierung „aus ihren bequemen Sesseln holen“ und verlangte von der eigenen Führung Erfolge.

Um den schriller werdenden Block-Drohungen etwas entgegenzusetzen, stimmte die Mehrzahl der Delegierten einem vom Walesa-Vize Andrzej Gwiazda eingebrachten Aufruf an alle Völker des Ostblocks zu, in dem diese aufgefordert wurden, es der polnischen Gewerkschaft gleichzutun. Die Sowjet-Presse nannte den Appell ein „antisowjetisches, antisozialistisches Bacchanal“.

Wie in den Streiktagen auf der Danziger Leninwerft entbrannte der Streit

\* Im Januar 1981 während der Besetzung des Rathauses von Ustrzyki.

neu, ob die Gewerkschaft ein Interessenverband für die Arbeiter oder eine Kraft zur gesellschaftlichen Veränderung sei.

Die Frage blieb unbeantwortet, aber das politische Klima wurde nach dem Danziger Kongreß kälter, örtlich begrenzte Streiks, von der Danziger Zentrale kaum noch zu kontrollieren, waren an der Tagesordnung.

Die Regierung wiederum hatte noch immer kein Konzept, um die Betriebe besser zu organisieren und die Bevölkerung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln und Brennstoff zu versorgen. Warteschlangen vor Geschäften, vor der Tankstelle, vor dem Brotladen waren in Polen zum Dauerzustand geworden und kosteten Millionen Arbeitsstunden.

Beide Seiten bewegten sich mit offenbar nicht zu bremsender Zwangsläufigkeit auf die letzte Konfrontation zu, jede Seite, ohne daß man ihr – von ihrem Standpunkt aus – gravierende Fehler vorwerfen könnte. Zwei Prinzipien staatlicher und gesellschaftlicher Organisation hatten sich unvereinbar gegeneinander entwickelt.

Die Danziger Gewerkschafterin Anna Walentynowicz fuhr den noch immer um Mäßigung bemühten Walesa an: „Wenn wir eine Konfrontation scheuen, bekommen wir nichts. Was tut Jaruzelski? Wo bleiben die Lebensmittel?“

Auch Walesa wurde deutlich: „Entweder der General tut, was er kann, um die von ihm Regierten zu verstehen, oder aber er versteht sie nicht, und wir müssen uns selbst regieren.“

Die Machtfrage war gestellt – nicht nur von Walesa. In Warschau liefen Pläne um, wie die zum Handeln offen-

kundig unfähige Partei durch frische, unverbrauchte Kräfte noch zu retten sei – durch Aufteilung der Staatsmacht auf mehrere Partner.

Vizepremier Rakowski, von der „Solidarität“ persönlich enttäuscht, der er vorwarf, sie wolle als politische Opposition die Macht übernehmen, sah das politische Überleben der PVAP in einer Koalition mit der im Parlament vertretenen Bauernpartei und der Demokratischen Partei, „wir könnten in diesen Parteien auch gleichwertige Partner sehen“. Die Partner freilich waren 35 Jahre lang nur Marionetten gewesen.

Politiker, die eher der katholischen Kirche nahestehen, redeten von dem lohnenswerten Versuch, durch die Gründung einer „Katholischen Volkspartei“ unter der Führung des Vizepremiers Ozdowski der „Solidarität“ einen politischen Rahmen zu geben. Gleichzeitig müsse die Regierung sich um die Zusage des Primas, Erzbischof Glemp, bemühen, die neue Konfessionspartei zu kontrollieren.

Jaruzelski gab auch am Putschsonntag der Idee einer Machttroika noch den Vorzug, in der sich Regierung, Kirche und „Solidarität“ zu einer nationalen Front vereinigen sollten. Von der PVAP war in seiner Proklamation nicht mehr die Rede.

Die Armee hat nun erzwungen, was Ungarn 1956 und der CSSR 1968 erspart geblieben ist. Dort waren es fremde Mächte, die den Reformkurs stoppten, in Polen wachen über die Friedhofsruhe die eigenen Soldaten.

Selbst das haben Kuroń und Modzelewski in ihrer Schrift aus dem Jahr 1964 als mögliche Gefahr vorausgesehen:

Berufsheere werden von Aggressoren benötigt, die Kolonialkriege und Interventionen durchführen; sie sind für volksfeindliche Diktaturen unerlässlich, um sich bei den Massen Gehorsam zu verschaffen. Diese letztere Funktion wird von der Armee vor allem in den Ländern Lateinamerikas erfüllt, wo sie ausschließlich nach innen verwendet wird und die Rolle der Polizei spielt – genau wie in Polen, wofür die Posener Ereignisse ein Beispiel sind.

## POLEN-KREDITE

### Warten und Hoffen

**Wenn Polen pleite geht, droht den westlichen Kreditgebern ein Bankenkrach. Notgedrungen halten die Geldmanager weiter still. Ihre Hoffnung: Moskau steht für Warschau gerade.**

Die telephonischen Anfragen aus Moskau und London waren fast gleichlautend: Bei über zwei Dutzend westlichen Banken erkundigten sich russische Staatsbankiers, direkt oder über ihre englische Filiale, nach den Konditionen für millionenschwere Kredite. Als sich